

Wohlfahrt der Bevölkerung. Wir wollen hier nur auf die wesentlichen Bestimmungen hinweisen. Ein bestimmter Prozentsatz der Einkommensteuer und anderer Abgaben des Bürgers der Zukunft ist dem Finanzminister... Das ist die dem Volk die Möglichkeit genommen, gegen den Willen des Finanzministers Gelder für Erwerbshilfe, aber zur Wohnungsbeschaffung, oder für Wohnungsbau um auszugeben, wenn der Minister nicht will. Nun könnte man wieder sagen, dass man eben die Regierungshilfe befragen, und die Demagogie aus dem Vager der SPD werden diesen Satz gern ausnehmen, um damit baldigt die Notwendigkeit einer Koalition zu demonstrieren. Da ist es für die Arbeitermassen notwendig, dass sie sich darüber klar sind, welche Aufgabe ein Minister innerhalb eines kapitalistischen Staates hat, dass die Politik von den Besitzern der Produktionsmittel bestimmt wird, dass wie Garbus sagt:

Die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Klasse ist zugleich ein politischer Faktor. Die Banken und die Werke, infolge ihrer herrschenden Stellung im kapitalistischen Vertriebs- und infolge der finanziellen Abhängigkeit des Staates vom Geldmarkt, sind ein politischer Machtfaktor für sich. Die Regierung ist ebenfalls ein Machtfaktor für sich. Das Sozialdemokrat, die Arbeit.

Diese Kräfte, sagt das Finanzkapital, bestimmen die Politik. Die Werke werden im Verband der Sachlichen Industrieellen angefertigt. Dort, oder mit dem Vertreter des Verbandes, oder des Bauernbundes, der Gewerkschaften, werden sie vorberaten und beraten.

Um das zu verhindern, müssen wir uns darüber klar sein, was der Staat ist. Wir haben bisher Garbus zitiert, einen der Sozialdemokraten. Jetzt wollen wir werden wir die Altmeyer des Marxismus, jetzt werden wir von Lenin sprechen lassen. Auf Grund der Aufstellungen von Friedrich Engels und Karl Marx schreibt Lenin über den Staat:

Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ein Produkt der Ordnung, die diese Unterdrückung festhält und zum Zweck erhebt und somit das Auseinanderfallen der Klassen dämpft.

Der Staat steht damit zwar über der Gesellschaft, die von Klassenkämpfen zerrissen ist, nicht aber über den Klassen. Vielmehr:

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassenkämpfe im Zaum zu halten; da er mitten im Konflikt vieler Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch die politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erfindet zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse...“

Also ein Instrument der herrschenden Klasse. Auch in der sogenannten demokratischen Republik ist das nicht anders. In ihr übt der Reichstag keine Macht indirekt, aber um so stärker aus, und zwar erstens in der Form der direkten Beschlüsse und zweitens durch Allianz von Regierung und Partei.

Fortsetzung des Reichstagsberichts

Reichsinnenminister Dr. Wirth: Ich verstehe sehr wohl den Standpunkt, dass ein Volk, wenn es in Not ist, seinen Herzog anruft, und teile auch die Auffassung mit Herrn Dr. Fried, dass solche Gebete gut und richtig sind. Aber politische Streitfragen dürfen nicht mit dem Gebet verwechselt werden. Daher sind die Voraussetzungen für die Gewährung der Politikschritte an die Regierung nicht gegeben. (Kommunistische Zusage: Wie lange? Wie steht es mit den nächsten Vorschlägen?)

Herr Fried (links, links): Fried ist 1923 wegen Hochverrats zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Kommunistische Zusage: Und ist sie jetzt als Minister abgesetzt?) Herr Fried: Als im Jahre 1923 in Thüringen eine sozialdemokratische kommunistische Regierung zustande kam, wortete man in Berlin nicht erst, was die Kommunisten tun würden, sondern der Reichsführer Stöckmann (Kommunistischer Jurist: Und der Innenminister Seitzmann) brachte unter dem Druck der bürgerlichen Parteien die Reichsverfassung an. Das war eine falsche Politik. Wir empfehlen eine solche Politik nicht gegen Herrn Dr. Fried, (Herr Fried: Bei den Komm.) Es ist ein unzulässiger Vorwand, dass die Nationalsozialisten in der deutschen Republik Vorkämpfer werden können. (Nationalsozialistischer Jurist: Nur kein Reich!) Herr Fried hat bei der Wahl der Reichstagsmitglieder auch nicht nach der Vorbildung der Leute gefragt. (Nun genügt der Parteizusatz.)

Für die kommunistische Reaktion hielt darauf Marie Kitzemann mit dem Nationalsozialismus.

Genosse Neubauer:

Die heutige Reichstagsdebatte ist eine groteske Schlingensiefel. Statt offen auszusprechen, was Fried denkt, hat er feige und ehrlos geklappert. (Deutungslos des Präsidenten Rede. Sehr wahr bei den Kommunisten.) Derselbe Fried, der im Jahre 1923 als der Wille Mussolinis (Genosse Neubauer erhebt einen zweiten Ordnungsgang), war im Reichstag feindlich und wimmerte geschrien vor Untertänigkeit vor den Geleihen der Bernauer Verfassung. Er behauptet weinlich, dass er keine politische Tätigkeit ausgeübt habe.

Was was handelt es sich wirklich? Für die Nationalsozialisten geht es um die Schaffung eines faschistischen Blocks im Mitteldeutschland, und für die Schwerindustrie handelt es sich um die Stärkung der Nationalsozialisten, da dieselben für das deutsche Schwerkapital unentbehrlich geworden sind.

Herr Kardorf von der Volkspartei hat heute eine Rede gegen den Minister Fried gehalten. Das ist ein demagogischer Theater. In Thüringen ermöglicht erst die Volkspartei, die Partei des deutschen Schwerkapitals, die Regierung Fried.

Es gibt einmal kräftig aufzuräumen mit der Begleitwirkung von dem Kapitalismus links und dem sogenannten Kapitalismus rechts. Es gibt keine Vergleichsmöglichkeiten zwischen dem revolutionären Kapitalismus des Proletariats und dem Helotentum der Nationalsozialisten. Der revolutionäre Kapitalismus entspringt aus der verächtlichen Politik der kapitalistischen Regierungen, aus der schamlosen Ausplünderung der Massen durch Steuern und Zölle. Dieser Kampf ist getragen von dem Erkenntnis, dass es für das Proletariat nur einen Weg aus dem Elend gibt, den Weg der revolutionären Verdrängung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch. Das ist der Kapitalismus von links.

Und was ist dagegen die Nationalsozialistische Partei? Sie ist die gelbe Pest in den Betrieben, das Werspiegel, das Demagogentum, das terroristische Panditentum auf der Straße zur Einschüchterung und Zerstückung der revolutionären Klassenfront. Darum haben die Nationalsozialisten vollkommene Freiheit von ihren Gebahren in einer Kruppellen Nation, die Stimmen der Massen einzufangen.

Vollständig ist festzustellen, dass Herr Kardorf vom rheinischen Gewerkschaft, Herr Boritz, Herr Wutschmann aus Sachsen und Herr Böhler zu den eifrigsten Geldgebern der Nationalsozialisten gehören.

Jetzt haben die Nationalsozialisten in Thüringen wunderbare Gelegenheiten, zu zeigen, wie „ihre Sozialismus“ aussieht. Und siehe da? Herr Fried, der heute viel über Schuligkeit dahergelapert hat, hat verstanden, dass er es war, der eine Kapfenauer von 6 Mark pro Kopf der Bevölkerung einpfändet hat. Diese Kopfsteuer bedeutet für Herrn Fried mit seinen 18000 Mark Gehalt: kaum eine kleine Wein, aber für einen Gewerkschaftler in Thüringen 6 Mark im Monat.

Rechenunterstützung? Aber gegen die Kapitalisten hat Herr Fried nichts unternommen. Im Gegenteil! Die

Schwerindustrielle Deutsche Volkspartei und der Landbund in Thüringen sind so von Frieds Regierungstätigkeit begeistert, dass sie selbst nach Berlin fahren, um beim Reichsinnenminister Wirth die Verlängerung der Amtsperiode des Herrn Dr. Fried zu erwirken.

Die sozialdemokratischen Führer sind die linke Hand des deutschen Kapitalis, die Nationalsozialisten die rechte. Mit diesen beiden Händen soll das deutsche Proletariat gefesselt werden. Es ist kein Zufall, dass Sennering das Republikanische gelehrt hat, mit dem jetzt Fried die kommunistische Presse verbietet. Die Partei des Arbeitermordes ist Regierungspartei!

In Deutschland gibt es nur eine einzige antifaschistische Kraft, das ist die kommunistische Partei. Die Kommunisten fordern für die Arbeiterschaft das Recht des Selbstschutzes gegenüber den faschistischen Mordorganisationen. Dieses Recht zu erkämpfen fordern wir die deutschen Arbeiter aus. Aber endgültig wird der Faschismus erst niedergedrungen mit dem Sturz des kapitalistischen Systems.

Wenn das System fällt, dann sterben auch seine treuesten nationalsozialistischen Retterhunde.

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Schrittmacher der sächsischen Koalitionspolitiker

Dresden, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Dresdener Regierungstreue ist beendet und eine Koalition, bestehend aus Zentrum, SPD und der Beamtengruppe, gebildet worden. Als Vizepräsident wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien, also auch mit dem Bürgerblockzentrum, der sozialdemokratische Abgeordnete Weh gewählt.

Die sächsische Koalitionspolitiker sind die linke Hand des deutschen Kapitalis, die Nationalsozialisten die rechte. Mit diesen beiden Händen soll das deutsche Proletariat gefesselt werden. Es ist kein Zufall, dass Sennering das Republikanische gelehrt hat, mit dem jetzt Fried die kommunistische Presse verbietet. Die Partei des Arbeitermordes ist Regierungspartei!

SPD-Braun für die Schandpläne des Bürgerblocks

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die preußische Koalitionsregierung fordert, dass das Kapital 2 1/2 Prozent des Einkommens für alle Beamten und nichtversicherungspflichtigen Angestellten zur Arbeitslosenversicherung befrage, wobei noch verständig hinzukommt, dass die zur Versicherung mit herangezogenen Kreise der Beamten und Angestellten keinen Anteil an den Leistungen der Versicherung erhalten. Ein anderer Vorschlag der preußischen Koalition sieht eine Verdoppelung der Verdienste mit gewissen „sozialen Ausnahmen“, die sich von den Ausnahmen der Bürgerblockregierung überhaupt nicht unterscheiden, vor.

Seberings Republikerschutzgesetz geht um

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Weidinger Lokal erziehen in einer Mitgliedsversammlung der SPD nämlich ohne jeden Anlass Polizei auf einem Fiskus und zwei Ueberfallwagen, um eine Durchsuchung nach Waffen vorzunehmen. Gefunden wurde nichts.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach bürgerlichen Blättern hat der Weidinger-Minister der Justiz, Sebering, sich in einem Schreiben an die Landesregierungen gewandt und sie aufgefordert, die Ausübung des politischen Kampfbundes nach dem Muster der preußischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung zu bekämpfen.

9 Monate Festung für eine Genoffin

Leipzig, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern die Rechtsanwältin der Roten Fahne, Genoffin Kitzmann, zu neun Monaten Festung. Das Urteil stützt sich insgesamt auf 13 Artikel, wodurch nach Auffassung des Vorkens-Senats Vorbereitung zum Hochverrat begangen worden sein soll.

Roter Betriebsrat gemahregelt

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der Gewerkschaftsdruckerei Käßler wurde der Betriebsratsvorsitzende gemahregelt, nachdem er unzulässig und entschlossen die Forderungen der Firma auf Lohnabbau und Steigerung der Arbeitsleistung abgelehnt hatte.

Berliner Metallarbeiter kampfbereit

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Metallarbeiter nahmen gestern Abend in einer von der Opposition einberufenen Versammlung Stellung zu dem Lohnabbau in Nordmet. Das Komitee hielt Genosse Kemmerle. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklären die Metallarbeiter, den Kampf der Nationalsozialisten und in Nord-

Sammelt Wahlmunition!

Ein Beispiel für alle Genossen! Die Genossen Eißner (68 Jahre alt) und Grottmold (56 Jahre alt) aus dem Wahlbezirk 5 Dresden sammelten am zwei Sonntagen in der ihnen zugewiesenen Straße 15 Mark. Genosse Reiche sammelte in 2 Stunden 10,25 Mark.

Was hast du gesammelt?

Berm. Bez. 3 Reichen à Konto	50,--	Bl.
Fischgraben à Konto	30,--	„
Lubitz à Konto	40,--	„
Schiffenwerf à Konto	5,50	„
Hartmannsdorf à Konto	50,--	„
Hohenstein-E. à Konto	20,--	„
Ysbau à Konto	3,25	„
Bad Naußitz à Konto	30,--	„
Kieritzsch à Konto	30,--	„
Köthenhütten à Konto	20,--	„
Genosse Hülshorn sammelte beim Flugplatzwertlosen allein	17,50	„
Gersdorf, Bez. Chemnitz	66,20	„
Gen. Raber, Wieland, Spitzer	46,75	„
Gen. Friedmann, Schwarzenberg, sammelte in 2 Stk.	22,--	„
Lugau à Konto	45,--	„
Döbeln à Konto	35,46	„
Mittweida 2. Rate	60,--	„
Mittweida, Internationales Bund	33,55	„
Regau (Widholz)	41,50	„
Kuerswalde à Konto	5,--	„
Freiberg (Widholz)	56,--	„
Widholz 2. Rate	12,20	„

Welche Ortsgruppe hat das Best schon erreicht? Genossen, macht die letzten Tage noch aus! Schickt die gesammelten Gelder sofort an uns ab!

Trotz allem! Immer vorwärts!

Neuer Wahlsieg der roten Liste

In Schmöckwitz (Sachsen) fanden am letzten Sonntag die Gemeindevahlen statt. Nachfolgend bringen wir das Ergebnis mit der Gegenüberstellung des Wahlergebnisses vom 17. November 1929:

Karte Arbeiterliste	112 Stimmen (1929: keine Liste)
SPD	87 Stimmen (1929: 140 Stimmen)
Bürgerliche	109 Stimmen (1929: 138 Stimmen)

Das glänzende Wahlergebnis für die kommunistische Partei zeigt, dass die Massen auch aus dem kleinbürgerlichen Lager sich von der Bürgerblockpolitik und der um nichts besser stehenden sozialdemokratischen trennen und sich zur roten Einheitsfront zusammenschließen.

122 neue Kämpfer gegen Faschismus und Polizei, „sozialismus“

Leipzig, 18. Juni. (Eig. Bericht.) Die Polizei des „linken“ Sozialfaschisten Meißner machte am Montag Streikzüge durch das Seeburgviertel und verhaftete 2 Arbeiter, die am Sonntag in Entzura bei dem Heberfall durch die Hitlerhandeln verhaftet wurden. Einer von Meißners Beamten verkehrte die faschistischen Mordhelfer durch die zynische Bemerkung: „Das geschieht euch ganz recht. Das Loch im Kopfe hätte noch viel größer sein müssen.“ Dieses Bündnis der Polizei des „linken“ SPD-Führers Meißner mit den Mordhelfern Kufschmann hat eine ungeheure Empörung bei den Leipziger Arbeitern hervorgerufen. In einer überfüllten Massenkundgebung der SPD, melbten sich 122 neue Kämpfer für die revolutionären Organisationen.

Antwort der Genoffin Reefe an die Wahlfalscher

Die SPD gibt ein Flugblatt heraus mit dem Titel: „Wer hat uns verraten?“

Diese Flugblatt ist eine einzige Beleidigung der Arbeiterschaft, weil man von ihr erwartet, dass sie nicht fähig ist, verlogene Behauptungen nachzuprüfen. Die SPD will verlogene machen, dass sie die Richtlinien für die Brüning-Regierung gegeben hat. Als der Sozialdemokrat Paul Herz im Reichstag eine „Oppositionsrede“ gegen den Finanzetat der Brüning-Regierung hielt, fehlte in der SPD-Presse die Antwort: „Was denhausers, der sagte:“

„Ich begehre, Herr Herz, dass es der Sozialdemokratie peinlich ist, in Opposition zu stehen. Aber was wollen Sie denn? Ich führe doch nur die Kaffträge durch, die mir Ihr Herrmann-Müller-Kabinett aufgetragen hat.“

Das Herrmann-Müller-Kabinett hat weiter die Jolle des Bürgerblocks verdoppelt, so dass Minister Dietrich sagen durfte: „Wer hätte vor ein paar Jahren geglaubt, dass es je sein würde, solche Jolle durchzuführen?“

Antrag Nr. 1782 als erster unterzeichnet von Dr. Breitwieser, verlangte die Herausziehung des Weizenjolls am 12. März.

Er erklart sich nicht des Wohlplantes der SPD von 1928, das eine Arbeiterfrau mit ihren hungernden Kindern nach einem Kaffortz langen lieg, den der Bürgerblock in unerreichbare Höhe jagt? Darunter stand „Wahl SPD“. Resultat: Erhöhung des Roggen- und Weizenjolls mit der SPD. Da wir 4 Millionen Tonnen Roggen zu viel in Deutschland haben, erhöhte das Herrmann-Müller-Kabinett außerdem die Ausfuhrprämie für 1 Tonne Roggen für die „armen“ Großgüterler von 60 Mark auf 90 Mark.

Das Herrmann-Müller-Kabinett setzte die 40 Millionen mehr für den Seereservat für 1930 ein.

Um den Weizen zu erhöhen zu können, wies die sozialdemokratische „Realpolitik“ auch sofort nach, woher das Geld dafür genommen werden kann. Im Einzelplan 7 zu Nr. 45, Haushalt des Reichsarbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1930, der schon zur Zeit der Herrmann-Müller-Regierung an den Reichstag ging, für den also der Sozialdemokrat Willeff die alleinige Verantwortung trägt, ist im Vorwort wörtlich folgendes zu lesen:

„Die Jollmittel für Zwecke der Invalidenversicherung sind unter Hinausschiebung des Wegfalltermins für den Versuch bis zum 31. März 1930 von 40 Millionen RM auf 20 Millionen gekürzt worden.“

Weiter: „Der Reichszuschuss zur Familienwochenhilfe ist von 32 Millionen Mark auf 15 Millionen gekürzt worden.“

Kein bürgerlicher Politiker, nur betrogene sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen noch die „Opposition“ der Sozialdemokratie ernst.

Ein Stimmt: wenn die Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie verhandelt, macht sie immer gute Geschäfte.

Die abgeleiteten Lügen der SPD über Russland werden schon allein widerlegt durch die Berichte der Kapitalistenpresse. Die SPD kämpft allerdings nicht mit dem „Krieg der Barbaren“ gegen die Ausbeuter, für den Sozialismus. Dafür aber um nachhaltiger gegen das revolutionäre Proletariat mit Republikanischer, Demonstrationen über den Hungernden, Gummitruppeltenden und Waffengewalt.

Berufung bei den Nazis

Eine ganze Ortsgruppe aufgelöst

Die Mitglieder der nationalsozialistischen Ortsgruppe Köpfingen in Baden weigerten sich, ihre Beiträge an die Organisation weiterhin abzuführen. Sie wurde daraufhin von der Parteileitung aufgelöst.

Berichtigung. Weidner hat uns der Druckfehlerfrage einen lieben Brief geschickt in der heißt: „So war das die euch.“ Es muß selbstverständlich heißen: „Nur die die SPD Arbeiter sind in die aktive nationalsozialistische Front einzutreten begannen, soll die gleichzeitige Hebe gegen Faschismus und Sozialismus die sich bildende Einheitsfront verhindern.“